



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



6399/13

(OR. en)

PRESSE 56

PR CO 9

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3223. Tagung des Rates

Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)

Brüssel, den 18. und 19. Februar 2013

Präsidenten Richard BRUTON
**Minister für Beschäftigung, Unternehmen und
Innovation**
Seán SHERLOCK
**Staatsminister mit Zuständigkeit für Forschung und
Innovation**
(Irland)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat hat den **Jahreswachstumsbericht 2013** als Teil aller relevanten Beratungen des Rates zur Vorbereitung der für den 14. und 15. März anberaumten Frühjahrstagung des Europäischen Rates erörtert.

Zusammen mit dem Jahreswachstumsbericht hat der Rat den ersten Bericht über den Stand der **Integration des Binnenmarkts** geprüft, mit dem die Funktionsweise des Binnenmarkts überprüft werden soll. Er hat ferner den Sachstand in Bezug auf die Pakete zur **Binnenmarktakte** zur Kenntnis genommen, die vorrangige Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarkts durch die Steigerung des Vertrauens und die Stimulierung von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen enthalten.

Die Minister haben sich mit der Lage der europäischen **Stahlindustrie** befasst, einer der von der Krise am härtesten getroffenen Industriebranchen.

Der Rat hatte einen Gedankenaustausch über den Aktionsplan der Kommission zur Förderung des Unternehmergeistes in Europa ("**Unternehmertum 2020**").

Er hat ferner einen Gedankenaustausch über die Überprüfung des REACH-Systems zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung **chemischer Stoffe** geführt.

Auf dem Gebiet der Forschung hat der Rat eine Debatte über den **freien Zugang zu wissenschaftlichen Informationen**, die aus öffentlich finanzierten Forschungsprojekten stammen, geführt; der freie Zugang ist eines der Ziele für die Entwicklung des **Europäischen Forschungsraums**, der im Zentrum der Strategie für Wachstum und Beschäftigung steht.

Schließlich hat der Rat eine Bilanz der Tätigkeiten zur **gemeinsamen Planung** im Forschungsbereich gezogen und den Sachstand beim **ITER-Projekt** für Kernfusion zur Kenntnis genommen.

* * *

Am Rande der Ratstagung wurde das internationale Übereinkommen über ein **einheitliches Patentgericht** unterzeichnet.

INHALT¹

TEILNEHMER	5
ERÖRTERTE PUNKTE	
Jahreswachstumsbericht 2013.....	8
Binnenmarktakte.....	10
Aktionsplan "Unternehmertum 2020".....	11
Chemische Stoffe: Überprüfung des REACH-Systems.....	12
Offener Zugang zu wissenschaftlichen Informationen.....	14
SONSTIGES.....	15
Übereinkommen über das einheitliche Patentgericht.....	15
Europäische Stahlindustrie.....	15
Produktsicherheit und Marktüberwachung.....	16
Unterstützung für die Internationalisierung von EU-Unternehmen.....	17
Aktualisierung des Zollkodex der Union.....	17
Tabakerzeugnisse.....	17
Modernisierung des Beihilfenrechts.....	17
Intelligente Spezialisierung für Forschung und Innovation.....	18
Gemeinsame Planung von Forschungsprojekten.....	18
ITER: Internationaler thermonuklearer Versuchsreaktor.....	18

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WELTRAUMPOLITIK

- Beziehungen zwischen der EU und der ESA (Europäische Weltraumagentur) – *Schlussfolgerungen des Rates* 19

HANDELSPOLITIK

- Antidumpingmaßnahmen – Bioethanol aus den USA – haltbar gemachte Zitrusfrüchte aus China 19

UMWELT

- 27. Tagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen – Standpunkt der EU..... 19

ERNENNUNGEN

- Ausschuss der Regionen..... 20

TEILNEHMER**Belgien:**

Ingrid LIETEN

Johan VANDE LANOTTE

Jean-Claude MARCOURT

Bulgarien:

Petia VASSILEVA

Tschechische Republik:

Martin KUBA

Tomáš HRUDA

Milan HOVORKA

Dänemark:

Annette VILHELMSEN

Uffe TOUDAL PEDERSEN

Deutschland:

Bernhard HEITZER

Ursula HEINEN-ESSER

Guido PERUZZO

Estland:

Jaak AAVIKSOO

Juhan PARTS

Irland:

Seán SHERLOCK

Richard BRUTON

John PERRY

Thomas HANNEY

Griechenland:

Vasilis MAGLARIS

Spyridon EFSTATHOPOULOS

Spanien:

Carmen VELA OLMO

José Pascual MARCO MARTINEZ

Frankreich:

Arnaud MONTEBOURG

Alexis DUTERTRE

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Francesco PROFUMO

Massimo VARI

Zypern:

George ZODIATES

Lettland:

Sanda LIĒPIŅA

Daniels PAVĻUTS

Jānis BORDĀNS

Vize-Ministerpräsidentin der Flämischen Regierung und
Flämische Ministerin für Innovation, Öffentliche
Investitionen, Medien und Armutsbekämpfung
Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft, der
Verbraucher und der Nordsee
Vizepräsident und Minister für Wirtschaft, KMU,
Außenhandel und neue Technologien

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Minister für Industrie und Handel
Stellvertretender Minister im Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport
Stellvertretender Minister für Industrie und Handel

Ministerin für Industrie und Wachstum
Staatssekretär, Ministerium für Wissenschaft, Innovation
und Hochschulen

Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und
Technologie
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister für Bildung und Wissenschaft
Minister für Wirtschaft und Kommunikation

Staatsminister mit Zuständigkeit für Forschung und
Innovation (Ministerium für Beschäftigung, Unternehmen
und Innovation und Ministerium für Bildung und
berufliche Qualifizierung)
Minister für Beschäftigung, Unternehmen und Innovation
Staatsminister mit Zuständigkeit für kleine und mittlere
Unternehmen (Ministerium für Beschäftigung,
Unternehmen und Innovation)
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Generalsekretär für Forschung und Technologie
Generalsekretär, Ministerium für Entwicklung, Wett-
bewerbsfähigkeit, Infrastruktur, Verkehr und Netzwerke

Staatssekretärin für Forschung, Entwicklung und
Innovation
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister für die Belegung der Produktion
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten
Minister für Bildung, Hochschulen und Forschung
Staatssekretär für Wirtschaftsentwicklung

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Staatssekretärin, Ministerium für Bildung und
Wissenschaft
Minister für Wirtschaft
Minister der Justiz

Litauen:

Birute VESAITE
Dainius PAVALKIS

Ministerin für Wirtschaft
Minister für Bildung und Wissenschaft

Luxemburg:

Etienne SCHNEIDER
Michèle EISENBARTH

Minister für Wirtschaft und Außenhandel
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Ungarn:

Zoltán CSÉFALVAY

Staatssekretär, Ministerium für nationale Wirtschaft

Malta:

Jason AZZOPARDI

Minister für lautereren Wettbewerb, kleine Unternehmen
und Verbraucher
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Patrick MIFSUD

Niederlande:

Sander DEKKER
Derk OLDENBURG

Staatssekretär für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Österreich:

Karlheinz TÖCHTERLE
Reinhold MITTERLEHNER
Harald GÜNTHER

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Polen:

Jacek GULIŃSKI

Unterstaatssekretär, Ministerium für Wissenschaft und
Hochschulen

Andrzej DYCHA

Unterstaatssekretär, Ministerium für Wirtschaft

Portugal:

Nuno CRATO
Franquelim ALVES

Minister für Bildung und Wissenschaft
Staatssekretär für Unternehmertum, Wettbewerbsfähigkeit
und Innovation

Rumänien:

Varujan VOSGANIAN
Mihnea COSTOIU

Minister für Wirtschaft
Beigeordneter Minister für Hochschulen,
wissenschaftliche Forschung und technologische
Entwicklung

Slowenien:

Žiga TURK
Uroš ROŽIČ

Minister für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport
Staatssekretär, Ministerium für Wirtschaftsentwicklung
und Technologie

Slowakei:

Alexander MICOVČIN

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Finnland:

Jan VAPAAVUORI
Lauri IHALAINEN

Minister für Wirtschaft
Minister für Arbeit

Schweden:

Jan BJÖRKLUND
Gunnar OOM
Håkan EKENGREN

Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Bildung
Staatssekretär bei der Ministerin für Handel
Staatssekretär, Ministerium für Unternehmen, Energie und
Kommunikation

Vereinigtes Königreich:

Vincent CABLE

Minister für Unternehmen, Innovation und berufliche
Qualifizierung und Präsident des Board of Trade
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Shan MORGAN

Kommission:

Joaquín ALMUNIA
Antonio TAJANI
Michel BARNIER
Tonio BORG
Máire GEOGHEGAN-QUINN
Günther OETTINGER
Algirdas ŠEMETA

Vizepräsident
Vizepräsident
Mitglied
Mitglied
Mitglied
Mitglied
Mitglied

.....
Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

KROATIEN

Dražen PROS

Irena ANDRASSY

Stellvertretender Minister für Unternehmertum und
Handel
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

ERÖRTERTE PUNKTE

Jahreswachstumsbericht 2013

Der Rat hat den Jahreswachstumsbericht 2013 als Teil aller relevanten Beratungen des Rates zur Vorbereitung der für den 14. und 15. März anberaumten Frühjahrstagung des Europäischen Rates erörtert.

Die Beratungen wurden auf der Grundlage eines Dokuments des Vorsitzes ([5894/13](#)) geführt, das die Stellungnahmen der Hochrangigen Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum"¹ und des Ausschusses für den Europäischen Forschungsraum (ERAC)² enthält.

Die Minister befassten sich mit einer umfassenden Palette politischer Empfehlungen, die Triebkräfte für Wachstum, Investitionen, Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen sein sollen und die unter anderem auf Folgendes abzielen:

- fortgesetzte Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Zugang zu Finanzmitteln und die Agenda für unternehmerische Initiative, einschließlich der Unterstützung für die externe Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen;
- rasche Vollendung der Binnenmarktakte I und Voranbringen der Binnenmarkt-II-Initiativen;
- Aufrechterhaltung und Stärkung der industriellen Basis der EU;
- forcierte Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, des digitalen Binnenmarktes und der E-Government-Initiativen;
- mehr Investitionen in Forschung und Innovation, u.a. durch verschiedene Formen der öffentlichen Unterstützung für Forschung und Innovation wie Steuervergünstigungen, öffentliches Beschaffungswesen, öffentlich-private Partnerschaften und Risikokapitalunterstützung;
- Nutzung wirksamer Instrumente zur Mobilisierung privater Finanzmittel für Forschung und Innovation sowie Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für die Inanspruchnahme von Finanzinstrumenten durch KMU;

¹ Die Hochrangige Gruppe "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum" unterstützt den Rat bei der Bewertung der Fortschritte bei der Durchführung von Strukturreformen und industriepolitischen Maßnahmen.

² Der ERAC ist ein beratender Ausschuss in politischen Fragen, dessen Hauptaufgabe darin besteht, strategische Beiträge zu liefern, die für die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums relevant sind (<http://www.consilium.europa.eu/policies/era/erac>).

- Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen der Strategie für die Innovationsunion und höhere Priorität für die Beseitigung von Hindernissen bei der Vollendung des Europäischen Forschungsraums;
- Vermeidung des Risikos eines Fachkräftemangels und
- Förderung von Initiativen zur Unterstützung der Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen und der Entwicklung von Start-up-Technologieunternehmen, um neue hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen; dazu zählen auch Maßnahmen zur Stärkung der Bindungen zwischen Hochschulen und Unternehmen und zur Förderung der Bildung von Innovationsclustern.

Am 28. November 2012 veröffentlichte die Kommission den Wachstumsbericht für 2012, in dem die Fortschritte in Bezug auf die Zielsetzungen der Strategie Europa 2020 für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung analysiert werden ([16669/12](#)). Darin wird empfohlen, dass sich die Bemühungen der EU und der Mitgliedstaaten weiterhin auf fünf Politikbereiche konzentrieren: Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung; Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft; Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit; Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise sowie Modernisierung der Verwaltungen.

Mit dem Jahreswachstumsbericht wird das Europäische Semester eingeleitet.

Das Europäische Semester ist Teil der von den Mitgliedstaaten im Jahr 2010 gebilligten neuen Lenkungsstruktur. Dabei handelt es sich um einen alljährlichen Zeitraum von sechs Monaten, in dem die Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedstaaten überprüft wird, um Unstimmigkeiten und entstehende Ungleichgewichte aufzudecken. So soll die Koordinierung schon in der Vorbereitungsphase von wichtigen haushaltspolitischen Entscheidungen verstärkt werden.

Binnenmarktakte

Der Rat hat den Sachstand bei den anstehenden Rechtsakten der Pakete zur *Binnenmarktakte* geprüft, die vorrangige Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarkts durch die Steigerung des Vertrauens und die Stimulierung von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen enthalten ([5915/1/13](#)).

Diese Maßnahmen, die im Rahmen der gemeinsamen Gesetzgebung vom Europäischen Parlament und vom Rat zu erlassen sind, befinden sich derzeit in einer frühen Phase des Gesetzgebungsverfahrens. Sie werden zum Abbau von Hindernissen und zur Verbesserung der Effizienz des Binnenmarkts für Unternehmen, Bürger, Verbraucher und Arbeitnehmer beitragen.

Das Paket "*Binnenmarktakte I*" umfasst Maßnahmen wie die Modernisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen, die Vereinfachung der Rechnungslegungsvorschriften und die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für die Entwicklung alternativer Systeme zur Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten.

Das Paket "*Binnenmarktakte II*" ist die zweite Welle vorrangiger Vorschläge und wurde von der Kommission im Oktober 2012 vorgelegt¹, um das erste Maßnahmenpaket der Binnenmarktakte I zu ergänzen. Es umfasst die Modernisierung des EU-Insolvenzrechts, die Einführung von Hochgeschwindigkeits-Breitbanddiensten und die Überarbeitung der Richtlinie über die Produktsicherheit.

Der Rat hatte im letzten Dezember Schlussfolgerungen zur Binnenmarktakte II angenommen ([16617/12](#)); nun erwartet er eine rasche Prüfung der Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und der Kommission, damit sie spätestens zum Ende der derzeitigen Wahlperiode angenommen werden können, um dem Binnenmarkt auf diese Weise neue Impulse zu verleihen.

¹ http://ec.europa.eu/internal_market/smact/docs/single-market-act2_de.pdf.

Aktionsplan "Unternehmertum 2020"

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über den Aktionsplan der Kommission zur Förderung des Unternehmergeistes in Europa ("Unternehmertum 2020").

Grundlage für die Aussprache waren die Mitteilung der Kommission "Aktionsplan Unternehmertum 2020 – Den Unternehmergeist in Europa neu entfachen" vom 9. Januar ([5292/13](#)) und ein Diskussionspapier des Vorsitzes zum aktuellen Stand der Politik zur Förderung des Unternehmertums in der EU ([5862/13](#)).

Die Minister führten einen Gedankenaustausch über die verschiedenen auf nationaler Ebene durchgeführten Maßnahmen und Initiativen zur Förderung eines Unternehmensumfelds, das die Wirtschaft wettbewerbsfähiger und innovativer machen kann.

Viele Delegationen hoben Schlüsselbereiche hervor, die einen Beitrag zur Stärkung des Aktionsplans Unternehmertum 2020 leisten könnten, darunter

- Förderung der unternehmerischen Bildung zur Unterstützung des Wachstums und der Gründung von Unternehmen, Vermittlung der erforderlichen unternehmerischen Kenntnisse und Fähigkeiten an junge Menschen und Ausbildung künftiger Generationen von Unternehmern wie auch bereits aktiver Unternehmer;
- Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen;
- stärkere Mobilisierung von Mitteln für die KMU-Finanzierung;
- forcierte Umsetzung der digitalen Agenda, um die Unternehmensgründung attraktiver zu machen;
- Ansprechen einzelner Zielgruppen, deren unternehmerisches Potenzial noch nicht in vollem Umfang ausgeschöpft wird oder die von traditionellen Programmen der Unternehmensförderung nicht erreicht werden.

Auf der informellen Ministertagung am 1./2. Mai in Dublin (Irland) soll die Debatte weitergeführt werden.

Die für Wettbewerb zuständigen Minister führten auf der Tagung im Juli 2012 erste Beratungen; dabei konzentrierten sie sich auf Aspekte wie die positiven Auswirkungen, die unternehmerische Bildung für junge Menschen und die Gesellschaft insgesamt haben kann, die Rolle der Frauen als ungenutzte Ressource für Wirtschaftswachstum und die Bedeutung einer zweiten Chance für redlich gescheiterte Unternehmer.

Chemische Stoffe: Überprüfung des REACH-Systems

Der Rat hat eine Orientierungsaussprache über die Überprüfung des REACH-Systems geführt. REACH (**R**egistration, **E**valuation, **A**uthorisation and **R**estriction of **C**hemicals – Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) ist ein Rechtsrahmen der Europäischen Union für chemische Stoffe, der am 1. Juni 2007 in Kraft getreten ist.

Die Kommission hat die Fünfjahresüberprüfung von REACH abgeschlossen und dazu drei Dokumente vorgelegt:

- einen Gesamtbericht zu REACH ([5864/13](#));
- eine Mitteilung über die Überprüfung der Rechtsvorschriften zu Nanomaterialien ([14869/12](#)) und
- einen Fahrplan für besonders besorgniserregende Stoffe ([5867/13](#)).

Die Minister haben die wichtigsten Elemente des Berichts der Kommission auf der Grundlage eines Fragenkatalogs des Vorsitzes ([5863/1/13](#)) erörtert. Die Ergebnisse dieser Aussprache dienen als Richtschnur für die weiteren Arbeiten. Auch die Umweltminister werden sich auf ihrer Tagung am 21. März voraussichtlich mit der Überprüfung von REACH befassen.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten teilte die positive Bewertung der Kommission, was die Erreichung der Ziele von REACH und die generelle Ausgewogenheit zwischen Gesundheits- und Umweltschutz, Förderung des freien Verkehrs und Wettbewerbsaspekten anbelangt. In einigen Bereichen seien jedoch weitere Verbesserungen erforderlich.

Zahlreiche Delegationen unterstützten den Ansatz, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen (insbesondere für KMU) bei der Registrierung von Stoffen zu verringern. Diese Erleichterung könnte auch mit einer Verbesserung der Gebührenstruktur einhergehen.

Einige Delegationen betonten, dass mit Blick auf die Bedingungen in Drittländern gleiche Wettbewerbsbedingungen garantiert werden müssten.

Verschiedene Delegationen hielten es für wichtig, dass eine solide Grundlage für die Verbesserung des Risikomanagements von Nanomaterialien geschaffen wird; REACH wäre ihres Erachtens der geeignete Rahmen, um die sichere Nutzung von Nanomaterialien zu gewährleisten.

Sie nahmen ferner den Fahrplan der Kommission für besonders besorgniserregende Stoffe mit Interesse zur Kenntnis.

Im *Gesamtbericht zur REACH-Überprüfung* wird der Frage nachgegangen, wie REACH insgesamt funktioniert und ob die mit ihr verfolgten Ziele – nämlich ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt, einschließlich der Förderung alternativer Beurteilungsmethoden für von Stoffen ausgehende Gefahren, sowie den freien Verkehr von Stoffen im Binnenmarkt bei gleichzeitiger Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sicherzustellen – erreicht worden sind.

Bei der *Nanotechnologie* gibt es derzeit große Fortschritte, und es sind bahnbrechende technologische Neuerungen zu erwarten, die das Wirtschaftswachstum anfachen werden. Die Mitteilung der Kommission über die zweite Überprüfung der Rechtsvorschriften zu Nanomaterialien enthält eine Bewertung der Angemessenheit und der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu Nanomaterialien sowie Pläne zu Verbesserung des EU-Rechts, um eine sichere Verwendung von Nanomaterialien zu gewährleisten.

Der *Fahrplan zur Ermittlung besonders besorgniserregender Stoffe* wurde im Benehmen mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Er befasst sich mit diesem Teil der Regelungstätigkeit im Rahmen der Beschränkungs- und Zulassungsverfahren. Im Fahrplan wird festgestellt, dass mehr Zusammenarbeit und Effizienz erforderlich ist bei der Ermittlung und Prüfung von Stoffen, die möglicherweise als besonders besorgniserregend eingestuft werden müssen, so dass sie von der REACH-Zulassungsregelung erfasst werden.

Die Kommission kommt in ihren Berichten zu dem Schluss, dass das REACH-System gut funktioniert und nach fünf Jahren seine Ziele erfüllt hat. Sie hat jedoch auch einige verbesserungsbedürftige Bereiche ermittelt und gibt Empfehlungen, wie Verbesserungen erreicht werden können.

* * *

Offener Zugang zu wissenschaftlichen Informationen

Der Rat hat eine Orientierungsaussprache über den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen, die aus öffentlich finanzierten Forschungsprojekten stammen, geführt; Grundlage waren die Mitteilung der Kommission "Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Informationen: Steigerung der Wirkung öffentlicher Investitionen in die Forschung" ([12847/12](#)) und die zugehörigen Empfehlungen über den Zugang zu wissenschaftlichen Informationen und deren Bewahrung ([12846/12](#)).

Die Mitgliedstaaten unterstützten den Vorschlag, einen breiteren und rascheren Zugang zu wissenschaftlichen Informationen zu ermöglichen, um es Forschern und Unternehmen zu erleichtern, die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschungsarbeiten zu nutzen. Dies wird dazu beitragen, die Innovationsfähigkeit Europas zu steigern und die gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, und dafür sorgen, dass Entdeckungen der Wissenschaft die Bürger schneller erreichen.

Die Mitgliedstaaten nahmen Kenntnis von dem Vorschlag der Kommission, experimentelle politische Maßnahmen für den freien Zugang zu Forschungsdaten auszuarbeiten und zu diesem Zweck im Kontext des künftigen Forschungsrahmenprogramms "Horizont 2020" ein Pilotvorhaben zu starten. Im Zusammenhang mit dem offenen Zugang zu Forschungsdaten ist es erforderlich, andere Aspekte wie Rechte des geistigen Eigentums, Sicherheitsfragen und Datenschutzvorschriften zu berücksichtigen.

Die Mitgliedstaaten riefen dazu auf, in Absprache mit den einschlägigen interessierten Kreisen sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene klare Strategien für den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen, für die Bewahrung und Weiterverwendung wissenschaftlicher Informationen und für e-Infrastrukturen zur Verbreitung wissenschaftlicher Informationen festzulegen.

Sie stimmten darin überein, dass gemeinsame Durchführungsnormen und -kriterien – einschließlich interoperabler Infrastrukturen – gefördert werden müssen, um innerhalb eines digitalen Europäischen Forschungsraums auf nachhaltige Weise größtmöglichen Nutzen aus dem offenen Zugang zu ziehen.

Darüber hinaus begrüßten die Minister den Ansatz der Kommission, dass der offene Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen ein allgemeiner Grundsatz des künftigen Forschungsrahmenprogramms "Horizont 2020" sein sollte, und stellten einige Initiativen vor, die im Rahmen ihrer jeweiligen nationalen Programme durchgeführt werden.

Der optimale Austausch, die optimale Zugänglichkeit und der optimale Transfer wissenschaftlicher Kenntnisse gehören zu den Zielen für die Schaffung eines echten europäischen Forschungsraums.

SONSTIGES**Übereinkommen über das einheitliche Patentgericht**

Das internationale Übereinkommen über das einheitliche Patentgericht wurde am Rande der Ratstagung unterzeichnet ([16351/12](#) + [COR 1](#)).

Das einheitliche Patentgericht wird die einheitliche Anwendung des Patentrechts in allen Unterzeichnerstaaten sicherstellen.

Durch das neue Gericht wird verhindert, dass mehrere Gerichtsverfahren über dasselbe Patent in verschiedenen Mitgliedstaaten geführt werden. Außerdem werden damit gegensätzliche Entscheidungen von Gerichten zu der gleichen Frage vermieden. Ferner werden die Verfahrenskosten bei Patentstreitigkeiten sinken.

Das einheitliche Patentgericht ist der letzte fehlende Bestandteil des "Patentpakets" zur Verbesserung des Patentsystems in der Europäischen Union.

Weitere Informationen sind der Pressemitteilung [6590/13](#) zu entnehmen.

Europäische Stahlindustrie

Der Rat hat Informationen der belgischen Delegation zur Lage und zu den Aussichten der europäischen Stahlindustrie zur Kenntnis genommen.

Mehrere Delegationen äußerten sich besorgt angesichts der Schwierigkeiten, denen der Stahlsektor gegenübersteht, und begrüßten die Absicht der Kommission, bis Juni 2013 einen Aktionsplan zur Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Stahlsektors in Europa vorzulegen.

Die Kommission hat am 12. Februar 2013 eine Diskussionsrunde mit hochrangigen Vertretern zu dieser Frage veranstaltet. Bei diesem Treffen, an dem Vertreter der Mitgliedstaaten, der Branche und der Gewerkschaften teilnahmen, verständigten sich die Parteien auf Empfehlungen, die bei der Ausarbeitung eines Aktionsplans für den Sektor berücksichtigt werden.

Es wurden mehrere Bereiche identifiziert, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Stahlsektors von besonderer Bedeutung sind, darunter: internationaler Wettbewerb (einschließlich Protektionismus und unlautere Handelspraktiken), Zugang zu Rohstoffen, Verwaltungsaufwand, Umsetzung der Klimaschutzpolitik der EU, Energiekosten, Mangel an Fachkräften, Produktionskapazitäten, Forschung und Innovation und nachfrageseitige Maßnahmen.

Produktsicherheit und Marktüberwachung

Der Rat hat die Ausführungen von Vizepräsident Antonio Tajani und Kommissionsmitglied Tonio Borg zu den wichtigsten Aspekten des neuen Gesetzgebungspakets (zwei Verordnungsentwürfe) zur Marktüberwachung und zur Sicherheit von Konsumgütern zur Kenntnis genommen. Das Paket umfasst auch zwei Mitteilungen über einen [mehrfährigen Aktionsplan zur Produktüberwachung](#) in der EU und einen Bericht über die Anwendung der Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung.

Eine der Leitaktionen der *Binnenmarktakte II* ([14536/12](#)) ist die Erhöhung der Sicherheit der in der EU vertriebenen Produkte durch eine Aktualisierung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit und die Annahme einer neuen einzigen Verordnung zur Marktüberwachung und eines flankierenden Aktionsplans.

Verglichen mit dem derzeitigen System sieht der Kommissionsvorschlag bessere Vorschriften zur Marktüberwachung und zur Sicherheit von Konsumgütern vor, wozu unter anderem folgende Änderungen beitragen sollen:

- Angleichung der allgemeinen Pflichten der Wirtschaftsakteure, um die Sicherheit von Nicht-Lebensmittel-Produkten durch eindeutiger Verantwortlichkeiten der Hersteller, der Importeure und der Händler zu gewährleisten;
- stärkere Marktüberwachung zur Beseitigung gefährlicher und nichtkonformer Produkte;
- bessere Rückverfolgbarkeit von Konsumprodukten über die gesamte Versorgungskette, indem eine rasche und wirksame Reaktion auf Sicherheitsprobleme ermöglicht wird;
- einfachere Verfahren zur Meldung gefährlicher Produkte.

Ergänzt werden die beiden Gesetzgebungsvorschläge durch einen Aktionsplan mit 20 Maßnahmen, mit denen die Marktüberwachung innerhalb des geltenden Regelungsrahmens verbessert werden soll, bis die neuen Vorschriften in Kraft treten.

http://ec.europa.eu/consumers/safety/psmsp/docs/psmsp-communication_de.pdf

Unterstützung für die Internationalisierung von EU-Unternehmen

Der Rat hat die aktualisierten Informationen zu den "Wachstumsmissionen" der Kommission in Drittländern ([6011/1/13](#)) zur Kenntnis genommen.

Mit diesen Missionen soll EU-Unternehmen, insbesondere KMU, geholfen werden, ihre Geschäftstätigkeit im Ausland zu festigen und auszubauen.

Aktualisierung des Zollkodex der Union

Der Rat hat den Sachstand in Bezug auf den Vorschlag zur Neufassung des Zollkodex der Union ([6784/12](#)) zur Kenntnis genommen.

Durch die vorgeschlagene Neufassung werden einige Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 450/2008, mit der der Zollkodex eingeführt wurde, angepasst, um den Entwicklungen der zollrechtlichen Vorschriften und anderer einschlägiger Rechtsvorschriften Rechnung zu tragen; ferner wird die Verordnung mit den Anforderungen, die sich aus dem Vertrag von Lissabon ergeben, in Einklang gebracht und ihre Anwendung aufgeschoben, um den nationalen Verwaltungen und den Wirtschaftsteilnehmern ausreichend Zeit zu geben, die erforderlichen Investitionen zu tätigen und eine reibungslose Einführung der elektronischen Prozesse sicherzustellen.

Die Verordnung (EG) Nr. 450/2008 ist 2008 in Kraft getreten, aber noch nicht anwendbar; auch wurden noch keine Durchführungsbestimmungen erlassen. Zweck des Neufassungsverfahrens ist es, die Verordnung durch den Zollkodex der Union zu ersetzen, mit dem die Änderungen, die sich durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ergeben, vollständig umgesetzt werden.

Der Zollkodex wurde im [EU-Amtsblatt L 145 vom 4.6.2008](#) veröffentlicht.

Tabakerzeugnisse

Der Rat hat Informationen der polnischen Delegation ([6562/13](#)) zu einem neuen Vorschlag für eine Richtlinie über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen ([18068/12](#)) zur Kenntnis genommen.

Die polnische Delegation wies auf die Wettbewerbsaspekte der Vorschläge und die möglichen Auswirkungen für die Wirtschaftsbeteiligten hin.

Modernisierung des Beihilfenrechts

Während des informellen Arbeitsessens führten die für den Binnenmarkt zuständigen Minister und Kommissionsmitglied Joaquín Almunia einen Gedankenaustausch über die laufende Reform der Beihilfepolitik.

Intelligente Spezialisierung für Forschung und Innovation

Während eines Arbeitssessens führten die Minister und Kommissionsmitglied Máire Geoghegan-Quinn einen Gedankenaustausch über Möglichkeiten zur Unterstützung der intelligenten Spezialisierung für Forschung und Innovation. Professor Mark Ferguson, wissenschaftlicher Hauptberater der irischen Regierung, gab eine Einführung zu dem Thema.

Intelligente Spezialisierung umfasst die Ermittlung von Forschungs- und Innovationsstrategien, so dass die EU-Strukturfonds wirksamer genutzt und die Synergien zwischen verschiedenen europäischen, nationalen und regionalen Politiken sowie öffentlichen und privaten Investitionen verstärkt werden können.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/2014/smart_specialisation_de.pdf

Gemeinsame Planung von Forschungsprojekten

Der Rat hat eine Bilanz der gemeinsamen Planungstätigkeiten im Forschungsbereich gezogen:

(<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st01/st01301.en13.pdf>).

Mit dem Prozess der gemeinsamen Planung sollen die Forschungsanstrengungen optimiert werden. Ziel ist es, die grenzübergreifende Zusammenarbeit sowie die Koordinierung und Angleichung nationaler öffentlich finanzierter Forschungsprogramme zu verstärken. Die gemeinsame Planung ist Teil der neuen Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums.

Seit 2009 wurden 10 gemeinsame Planungsinitiativen gestartet, um konkrete gesellschaftliche Herausforderungen in Europa anzugehen, beispielsweise neurodegenerative Erkrankungen, Klimawandel, Stadtentwicklung usw.

Der irische Vorsitz hat angekündigt, eine Konferenz über die gemeinsame Planung zu veranstalten; sie wird am 28. Februar und 1. März 2013 in Dublin stattfinden (<http://www.jpc2013.com>).

ITER: Internationaler thermonuklearer Versuchsreaktor

Der Rat hat die Informationen des Kommissionsmitglieds Günther Oettinger über den Sachstand beim ITER-Projekt zur Kenntnis genommen ([5852/13](#)).

ITER-Website: <http://www.iter.org/>

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WELTRAUMPOLITIK

Beziehungen zwischen der EU und der ESA (Europäische Weltraumagentur) – Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat hat Schlussfolgerungen zu den künftigen Beziehungen zwischen der EU und der Europäischen Weltraumorganisation angenommen. Die Schlussfolgerungen sind in Dokument [6183/13](#) enthalten.

HANDELSPOLITIK

Antidumpingmaßnahmen – Bioethanol aus den USA – haltbar gemachte Zitrusfrüchte aus China

Der Rat hat Verordnungen zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf folgende Einfuhren angenommen:

- Bioethanol mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika ([5613/13](#)) und
- bestimmte zubereitete oder haltbar gemachte Zitrusfrüchte (insbesondere Mandarinen) mit Ursprung in China ([5778/13](#)).

UMWELT

27. Tagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen – Standpunkt der EU

Der Rat hat einen Entwurf eines Standpunkts der Union in Bezug auf den Status der EU bei der 27. Tagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen/des Globalen Ministerforums Umwelt (18.-22. Februar 2013 in Nairobi) angenommen.

Weitere Informationen finden sich unter <http://www.unep.org/>.

ERNENNUNGEN

Ausschuss der Regionen

Der Rat hat Herrn Pierrick MASSIOT (Frankreich) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt ([6210/13](#)).
